

ÜBER DEN KLIMASCHUTZ IN DEN SOZIALISMUS

Pressemitteilung Udo Hemmelgarn, Baupolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 22 September 2020

Nach einer Idee der SPD-geführten Ministerien für Finanzen (Olaf Scholz), Umwelt (Svenja Schulze) und Justiz (Christine Lambrecht) sollen Vermieter die Verteuerung der Heizkosten durch den ab 2021 geltenden CO₂-Preis zur Hälfte mittragen.

Udo Hemmelgarn, AfD-Bundestagsabgeordnete und Obmann im Arbeitskreis Bau erklärt dazu:

„Richtig dürfte vielmehr sein, dass die Regierenden langsam erkennen, dass die Lasten des Klimaschutzes für dieses Land nicht mehr tragbar sind.“

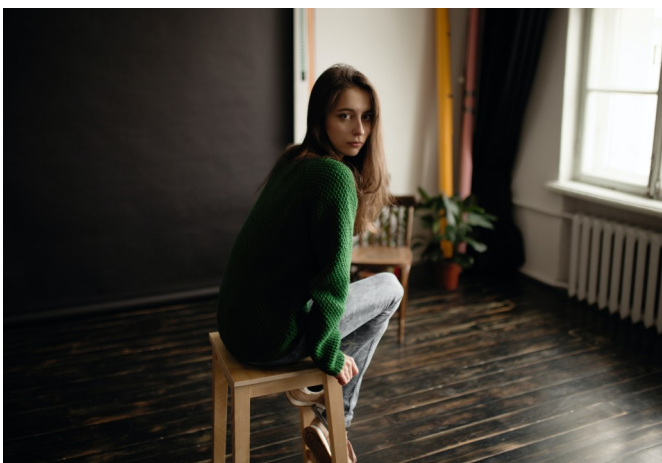
- Udo Hemmelgarn, MdB

„An dieser Idee zeigt sich der ganze Irrwitz der geltenden Klimaschutz-Doktrin. Es gibt nicht einmal ansatzweise eine rationale Erklärung dafür, weshalb sich der Vermieter an den Heizkosten des Mieters beteiligen soll.

Richtig dürfte vielmehr sein, dass die Regierenden langsam erkennen, dass die Lasten des Klimaschutzes für dieses Land nicht mehr tragbar sind. Doch anstatt von der geplanten CO₂-Bepreisung Abstand zu nehmen, sucht man die Lösung wieder einmal im Umverteilungswahn und beschreitet auch hier den Weg in den Sozialismus.

Befremdlich wirkt es dabei, wenn führende Wirtschaftsverbände der Immobilienwirtschaft offenbar immer noch glauben, das Problem mit Hinterzimmergesprächen lösen zu können. Die Hoffnung auf eine Einsicht bestimmter politischer Akteure hat sich bereits in der Vergangenheit als naiv und gefährlich erwiesen.

Die Verantwortlichen der Immobilienwirtschaft müssen endlich den Ernst der Lage begreifen. Sie müssen verstehen, dass die schleichende, schrittweise Entwertung des Immobilieneigentums nur einen Zwischenschritt zu den letztendlich angestrebten Enteignungen bildet und diese erleichtern soll.“



- **Vermieter sollen die Verteuerung der Heizkosten durch den ab 2021 geltenden CO₂-Preis zur Hälfte mittragen**
- **die schleichende, schrittweise Entwertung des Immobilieneigentums ist nur ein Zwischenschritt zu den letztendlich angestrebten Enteignungen**